

Vertrauen ist gut – in Mainz aber fehl am Platz!

Rund 600 Bürger – darunter auch Stadträte - bauen auf Einwandergemeinschaft

Mainz, 24.2.2008. Während immer mehr Mainzer Politiker versprechen, die Pläne zum Bau eines Kohlekraftwerks „zu prüfen“, will sich bei der Bürgerinitiative Kohlefreies Mainz (KoMa) hierauf alleinig nicht mehr verlassen. Das geht nicht nur den Aktiven der Bürgerinitiative so, sondern mittlerweile rund 600 anderen Bürgern, die sich in der Einwandergemeinschaft für eine kohlefreie Region (EG-KoMa) zusammengeschlossen haben.

„In den 18 Monaten, in denen ich mich nun schon gegen das Kohlekraftwerk engagiere, bin ich leider schon zu oft von etlichen Lokal-Politikern enttäuscht worden“, berichtet Kerstin Steuerwald, die die Geschicke der Einwandergemeinschaft leitet. „Darauf vertrauen, dass Behauptungen von Stadtwerken und KMW nun von SPD, CDU und FDP endlich ernsthaft hinterfragt werden, werde ich jedenfalls nicht mehr. Das müssen wir Bürger wohl leider selbst in die Hand nehmen.“ Aus diesem Grund wurde die EG-KoMa gegründet, die die Interessen der Bürger der Region im laufenden Genehmigungsverfahren vertreten soll. Mit einem Beitrag von 25 Euro unterstützen die Mitglieder der EG-KoMa einen gemeinsamen Anwalt sowie einen Fachgutachter, die die Antragsunterlagen zum Kohlekraftwerk eingehend prüfen und dann die EG-KoMa fachlich beim anstehenden Erörterungstermin unterstützen werden. „Nach Durchsicht der Unterlagen stellen sich einem nämlich die Haare zu Berge“, findet Steuerwald. „Ich bin z.B. selbst direkte Anwohnerin der Ingelheimer Aue und habe heute schon unter dem Lärm des Industriegebietes zu leiden. Wenn man sich das Schallgutachten in den Antragsunterlagen anschaut, wird deutlich, dass die KMW versucht hier rumzutricksen um das Kohlekraftwerk genehmigt zu bekommen. Alleine könnte ich mir aber niemals einen Anwalt leisten, der das im Juristen-Deutsch der Genehmigungsbehörde belegt. Über die Einwandergemeinschaft hoffe ich, dass unser Anwalt meine Bedenken juristisch fundiert einbringen wird. Auch die Möglichkeit später gegen eine etwaige Genehmigung zu klagen, werde ich mir so erhalten.“

So sehen das wohl auch immer mehr Stadträte: Nachdem bereits zahlreiche Mitglieder der Stadtrats-Fraktionen von den Grünen (Günter Beck, Tabea Rößner, Markus Gröninger, Katrin Eder, Peter Johannes Weber, Matthias Rösch, Daniel Köbler, Gunter Heinisch und auch Kreisvorsitzender Giuseppe Lipani) und ÖDP/FWG (Claudius Moseler, ÖDP und Herbert Egner FWG) Mitglied der EG-KoMa wurden, sind nun auch fünf CDU-Stadträte der Einwandergemeinschaft beigetreten: Prof. Michael Pietsch, Christian Mörschel, Christine Diehl, Thomas Gerster und Susanne Stenner haben sich damit von der offiziellen (Mainzer) Parteilinie verabschiedet und stehen somit der Mehrheit der Mainzer und Wiesbadener Bevölkerung beim Kampf gegen das klimaschädliche Milliarden-Projekt bei. „Wir freuen uns sehr, dass die Basis unseres Engagements immer breiter wird“, erklärt Steuerwald. „Gleichwohl lassen wir uns von Versprechen, das Vorhaben werde noch einmal geprüft, nicht einlullen.“ KoMa hat guten Grund, zur Vorsicht. „Hinter verschlossenen Türen wurde uns z.B. gesagt, die Feinstaub-Problematik sei eine Modeerscheinung, Klimaschutz sei kein Entscheidungskriterium in Mainz und wenn der Kohlestrompreis aufgrund des verschärften CO2-Zertifikatehandels doppelt so hoch wie von der KMW versprochen ausfalle, sei das doch kein Problem. Wir waren schon sehr verwundert nach einem solchen Gespräch in der Zeitung zu lesen, dass die gleichen Leute das Kraftwerks-Vorhaben nun noch einmal überprüfen wollen. Da werden wir doch sehr, sehr vorsichtig!“ Die Biegsamkeit von manch einem Politiker führt auch der Mainzer SPD-Fraktionschef Oliver Sucher zur Zeit vor. Nachdem er noch vor zwei Monaten über 160 warnende Ärzte (heute sind es alleine bei der Mainzer Initiative 230) herzog, überschreibt er heute Pressemitteilungen mit „Sorgen der Einwander ernst nehmen“. Dass er das tut, glaubt bei KoMa keiner.

Steuerwald zieht daraus ihre Schlüsse: „Wir nehmen das jetzt selbst in die Hand. Diejenigen, die noch immer glauben, sie könnten gegen den Willen der Bevölkerung ihnen ein Kohlekraftwerk vor die Nase

setzen, werden wir vom Gegenteil überzeugen. Eine CO2- und Feinstaub-Schleuder zwischen Mainz und Wiesbaden ist einfach nicht mehr zeitgemäß und das werden wir im Genehmigungsverfahren der Behörde auch belegen.“

Der Einwandergemeinschaft kann jeder Bürger beitreten. Vor allem diejenigen, die es eventuell versäumt haben, fristgerecht eine Einwendung einzureichen, können so noch einen wichtigen Beitrag zur Verhinderung des Kohlekraftwerks leisten.

Weitere Info's zur Einwandergemeinschaft gibt es unter www-einspruch-kohlekraftwerk.de und unter www.kohlefreies-mainz.de.